

Stand: 25.04.2024 13:22:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/8876

"Informationen über den Verlauf von EHEC/HUS in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/8876 vom 09.06.2011
2. Beschluss des Plenums 16/8895 vom 09.06.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 09.06.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Ludwig Wörner, Inge Aures, Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Informationen über den Verlauf von EHEC/HUS in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit zeitnah über das aktuelle Geschehen von EHEC/HUS in Bayern und nötige Konsequenzen daraus zu berichten.

Dabei ist besonders einzugehen auf

- die Zahl der Erkrankten und Schwere der Verläufe
- die regionale Verteilung
- den Vergleich zum Auftreten von EHEC/HUS in den vergangenen Jahren
- Erkenntnisse über den aktuellen Erreger
- Therapieoptionen
- aktuelle Erkenntnisse über die Infektionsquellen und -wege
- personelle Kapazitäten in den betroffenen bayerischen Behörden.

Begründung:

Steigende Zahlen von mit dem aktuellen EHEC-Erreger Infizierten bundesweit aber auch in Bayern zeigen, dass es sich sowohl um einen äußerst aggressiven Keim handelt, als auch die Ausbreitung noch nicht gestoppt werden konnte. Daher ist eine Information des zuständigen Landtagsausschusses geboten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die mit dem Thema befassten Behörden personell in der Lage sind, regelmäßig wiederkehrende Herausforderungen dieser Art im Interesse der Gesundheit der Menschen in Bayern schnell und umfassend zu bearbeiten.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Ludwig Wörner, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/8876

Informationen über den Verlauf von EHEC/HUS in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Anne Franke

Abg. Dr. Otto Bertermann

Abg. Christine Stahl

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Sabine Dittmar

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Georg Schmid, Karl Freller, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU),
Dr. Andreas Fischer, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Otto Bertermann u. a. und
Fraktion (FDP)**

Bericht zu EHEC-Infektionen in Deutschland und Bayern ([Drs. 16/8852](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin
Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion (SPD)**

Informationen über den Verlauf von EHEC/HUS in Bayern ([Drs. 16/8876](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Bessere Koordination der zuständigen Behörden im Falle von
Lebensmittelkrisen, klare Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern,
klar strukturierte Einsatzleitung ([Drs. 16/8877](#))**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Dr. Hünnerkopf für die CSU. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen sind seit Anfang Mai durch eine sehr aggressive Mutante des Darmkeims Ehec erkrankt, bundesweit circa 2.000. Das hämolytisch-urämische Syndrom, HUS genannt, verursacht nicht nur einen äußerst schmerzhaften Krankheitsverlauf, sondern führte in einigen Fällen auch zum Tode. Den betroffenen Menschen, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, gilt unser tiefes Mitgefühl.

Die aufgerufenen Anträge greifen dieses Thema auf. Wir können feststellen, dass Bayern bisher nur am Rande betroffen ist. Die Infektionsquellen liegen, so die bisheri-

gen Erkenntnisse, vor allem in den nördlichen Bundesländern. Dennoch sind die Gesundheitsbehörden in Bayern äußerst aktiv. Auch am Wochenende, an Sonn- und Feiertagen beraten sie Bürgerinnen und Bürger. Die Gesundheits- und Veterinärbehörden arbeiten eng zusammen, und eine TaskForce des LGL, des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, steht beratend zur Verfügung. Die genannten Behörden arbeiten unter Federführung des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit erfolgreich zusammen. Die nötigen Informationen werden den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern über das Internet und durch das Ministerium gegeben.

Als Fazit will ich feststellen, dass diese außergewöhnliche Situation bisher hervorragend bewältigt wurde. Unser Dank gilt besonders dem zuständigen Ressortminister Dr. Markus Söder und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden.

(Beifall bei der CSU)

Nach den bisherigen Erkenntnissen werden Infektionsherde vor allem im Frischgemüsebereich vermutet. Bayern hat hierauf reagiert und das Landesuntersuchungsprogramm "Bayerisches Gemüse" aufgelegt. Untersucht werden Gurken, Tomaten, Salate, Sprossen und Sprossensaatgut. Inzwischen sind fast über 500 Proben am LGL eingegangen, 342 wurden untersucht. Bisher waren alle Ergebnisse negativ. Die Kontrollen werden weiterhin intensiv durchgeführt.

Von all dem sind vor allem auch unsere bayerischen Gemüsebauern betroffen. Bayern hat mehrere bedeutsame Gemüseanbauregionen, von Niederbayern angefangen über das Knoblauchsland Nürnberg bis hin zu Unterfranken. Alle in bayerischen Betrieben gezogenen Proben sind negativ. Dennoch sind diese Betriebe wirtschaftlich erheblich betroffen. Wenn noch länger keine Gurken, keine Tomaten, kein Salat, keine Kresse und dergleichen mehr abzusetzen ist, werden die Betriebe in den Ruin getrieben. Ich weiß, wovon ich rede; denn ich habe mit etlichen Gärtnern in meinem Landkreis Kitzingen Kontakt. Sie berichten, dass sie zum Beispiel bei Tomaten und Gurken die Arbeit

weiter leisten müssen; denn man muss die Tomaten und Gurken ernten, um die Pflanzen vital zu erhalten, um sie weiter zu nutzen und vielleicht in den nächsten Tagen, wenn der Verbrauch wieder anzieht, Einnahmen zu erzielen.

Ich möchte ganz bewusst Landwirtschaftsminister Brunner und Finanzminister Fahrenschon für das bisher Initiierte und Erreichte danken. Der Finanzminister hat im Rahmen der Möglichkeiten steuerliche Erleichterungen zugesagt; der Landwirtschaftsminister hat mit erreicht, dass Europa 150 Millionen Euro an Entschädigungsleistungen zahlt. Wir sind der Meinung, 210 Millionen Euro und mehr sind erforderlich, um am Ende alle Betroffenen angemessen finanziell zu unterstützen. Es gilt, die Entschädigungssätze von 30 %, wie sie bisher vorgesehen sind, zu erhöhen. Sätze von 50 % sind hier nötig. Ich bitte die Staatsregierung, weiter und vor allem dafür zu sorgen, dass diese Gelder nicht nur oder vorwiegend nach Spanien gehen, sondern auch unseren bayerischen Landwirten bzw. Gemüsebauern zugute kommen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Ein Weiteres noch: Die Entschädigung darf nicht bis Ende Juni befristet sein, sondern muss vom weiteren Schadensverlauf abhängig gemacht werden. Das wird sicherlich wesentlich davon abhängen, wie unbürokratisch die Mittel an die Betriebe gehen.

Einige Anmerkungen zu dem Antrag der GRÜNEN: Diesen Antrag lehnen wir ab. Zwar ist eine weitergehende Zuständigkeit des Bundes im Infektions- und Gesundheitsschutz bei bundesweiten Epidemien vorstellbar. Bei der Lebensmittelsicherheit wird jedoch auf EU-Ebene eine optimale Koordination durch das Schnellwarnsystem und die Vernetzung mit den Länderbehörden bereits sichergestellt. Wir sind außerdem der Auffassung, dass wir nicht zwingend mehr Lebensmittelkontrolleure brauchen. Die Überwachung und die Kontrolle funktionieren. Signifikant ist die Aussage von Kommissar Dalli, der Deutschland bescheinigt hat, dass mit großem Nachdruck, Engagement und Fachwissen an der Aufklärung gearbeitet wird. Das ist der Grund, warum wir diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen können.

Kurz zum SPD-Dringlichkeitsantrag: Darin werden zwar einige Aspekte aufgegriffen, die uns ebenso wichtig sind, nicht aber der ganz wesentliche Gesichtspunkt der Entschädigung der Gärtner, den ich eben hervorgehoben habe. Uns von der CSU, soweit ich weiß, auch den Kollegen der FDP, ist wichtig, dass die Auswirkungen der Krise auf die Landwirte und Gemüsebauern abgemildert werden. Deshalb lehnen wir auch diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das ist ja lächerlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP umfasst alle denkbaren Aspekte. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Die nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner für die SPD. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einigen Wochen beschäftigt das Thema "Ehec" die Menschen in diesem Land. Es gibt viele Erkrankte und sogar Tote. Der zuständige Minister, der sonst keine Gelegenheit auslässt, seinen Kopf vor eine Kamera zu halten, ist auf Tauchstation. Herr Dr. Söder, wo waren Sie? - Keine einzige Pressemeldung zu dem Thema, auch nicht von Ihrer Staatssekretärin. Von ihr wird mitgeteilt, dass sie Saurierfußspuren entdeckt hat. Sie lassen sich mit der Otter-Broschüre im Nationalpark fotografieren. Ich gebe zu, das Thema "Diarrhö" oder "Durchfall" eignet sich natürlich nicht für schöne Bilder. Ihre Fraktion hat aber offensichtlich erkannt, dass das Thema wert ist, hier in diesem Haus besprochen zu werden. So schätze ich auch diesen Dringlichkeitsantrag ein.

Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, Ihren Dank an die zuständigen Behörden teilen wir ganz ausdrücklich. Sehr geehrter Herr Dr. Zapf, herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Ich bitte Sie, diesen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

Dem Minister zu danken, dafür gibt es überhaupt keinen Anlass. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, Sie haben ein Problem damit, Kompetenzen an den Bund abzugeben; Ihr Minister hat das nicht. Er hat nämlich gestern, jedenfalls wenn ich die "Welt" richtig gelesen habe, genau das in der Ministerrunde angeboten. Wir werden dem CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag zustimmen.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Markus Söder)

- Ich habe leider nicht verstanden, was Sie gesagt haben, sonst würde ich gerne darauf antworten.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ich sage es Ihnen nachher!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung. Zwischenbemerkungen von der Regierungsbank sind nicht gestattet.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): - Da sehen Sie einmal: An der Stelle hätte ich Sie gar nicht gerügt. Aber wenn es der Präsident tut, kann ich nichts dagegen machen.

Dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP werden wir selbstverständlich zustimmen, auch wenn uns die Frage nach den Krankenhauskapazitäten hoffnungslos unsinnig erscheint. Im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf werden zurzeit 82 HUS-Patientinnen und -Patienten behandelt. Das ist genau die Zahl von Menschen, die in Bayern an Ehec erkrankt sind. Die Krankenhauskapazitäten können Sie auf den Homepages des Ministeriums, der BKG und des LGL nachlesen. Das interessiert uns hier nicht. Selbstverständlich sind aber auch wir dafür, dass die bayerischen Landwirte entschädigt werden. Ich hätte mir sowohl vom Landwirtschaftsminister als auch vom Gesundheitsminister gewünscht, dass Sie sich vor unsere Landwirtschaft stellen; denn es war von Anfang an klar, dass das Risiko, dass dieser Keim aus bayerischen Betrie-

ben kommt, gegen null geht. Bei einem vernünftigen Umgang hätte man bayerisches Gemüse essen können, auch Salat, Gurken und Tomaten. Der Landwirtschaftsminister hätte die Möglichkeit gehabt, die regionale und Direktvermarktung zu stärken, wie wir es in unseren Stimmkreisen alle getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber wie gesagt: Wir werden Ihrem Dringlichkeitsantrag trotzdem zustimmen.

Sie haben gesagt, Sie stimmen unserem Dringlichkeitsantrag nicht zu, weil die Landwirtschaft nicht genannt wird. Lieber Kollege Dr. Hünnerkopf, ich formuliere unseren Dringlichkeitsantrag dahingehend um, dass uns im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Landwirtschaftsausschuss über die von uns gewünschten Punkte berichtet wird ergänzt um die Auswirkungen auf die bayerischen Gemüseerzeuger und, bitte schön, auch um den Punkt, ob die Entscheidungsstrukturen ausreichend und effizient genug sind.

Ich sage Ihnen: Es ist ein Armutszeugnis, wenn Sie heute einem Berichtsantrag dazu nicht zustimmen; denn wir müssen Konsequenzen aus dem ziehen, was hier passiert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen uns auch darüber unterhalten, ob die personelle Ausstattung des LGL und der anderen bayerischen Behörden ausreicht. Wir hatten den Dioxin-Skandal, jetzt haben wir Ehec. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Das wird nicht das letzte Geschehen sein. Das wird nicht immer mit dem bestehenden Personal zu schaffen sein. Deswegen möchten wir uns im Ausschuss darüber unterhalten.

Wir wollen uns auch über die Notwendigkeit einer zentralen Meldestelle unterhalten. Im Moment sieht die Situation so aus: Es gibt eine Meldung an das lokale Gesundheitsamt. Das Gesundheitsamt nimmt die Meldung entgegen. Wenn es zufällig gleichzeitig viele Meldungen in einem Bereich gibt, dann wird das schnell weitergegeben.

Wenn es aber in benachbarten Gesundheitsämtern ebensolche Meldungen gibt, ist der Meldeweg länger. Deswegen stellen wir uns die Frage, ob unter Umständen für Ehec oder andere Geschehen eine zentrale anonyme Meldung notwendig ist, die man bayernweit oder deutschlandweit auf die Karte übertragen kann. Daran könnte man sehr viel schneller erkennen, dass etwas passiert. Das würde unter Umständen auch die Spurensuche deutlich erleichtern. Wir haben uns da nicht festgelegt und haben diese Frage noch nicht entschieden. All diese Themen würden wir in nächster Zeit gerne im Ausschuss mit Herrn Dr. Zapf und den zuständigen Experten diskutieren. Ich bitte Sie ganz herzlich um Ihre Zustimmung. Ihrem Wunsch, das Thema Landwirtschaft einzubeziehen, kommen wir sehr gerne nach.

Beim Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN sehen wir im ersten Absatz ein Problem. Die Forderung nach besserer Koordination und klarerer Kompetenzaufteilung ist für uns zu vage. Wir wollen erst den Bericht hören und dann sehen, wo Defizite sind, um zielgenaue Forderungen davon abzuleiten. Dass wir die Forderung nach mehr Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleuren unterstützen, ist systemimmanent. Diesen Antrag stellen wir bei allen Haushalts- und Nachtragshaushaltsberatungen. Dem würden wir natürlich auch an dieser Stelle zustimmen. Aufgrund des ersten Antragsteils werden wir uns beim Antrag der GRÜNEN enthalten.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie wirklich dringend, dieses Geschehen in aller Ruhe und mit der gebotenen wissenschaftlichen Ernsthaftigkeit im Ausschuss aufzuarbeiten. Ich bitte Sie, diesen Berichtsantrag nicht abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Dr. Vetter das Wort.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Ehec ist ein gefährlicher Keim. Bundesweit hat es nach gestrigem Stand bereits 25 Tote gegeben. Zur Relation: Zu Zeiten der BSE-

Krise, die wochen- und monatelang die Schlagzeilen in Deutschland bestimmt hat, hat es keinen Toten gegeben - Gott sei Dank.

Im Antrag der CSU und der FDP ist zu lesen, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, dem Landtag zu berichten. Meine Damen und Herren, ich werde den Eindruck nicht los, dass die CSU-Landtagsfraktion der Staatsregierung zeigen will, was sie kann. Sie möchte ihre Muskeln spielen lassen. Das ist Gewaltenteilung, wie Sie sie sich vorstellen. Was machen Sie im Endeffekt? Sie weisen mit Ihrem eigenen Antrag die Bayerische Staatsregierung auf Versäumnisse hin. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Das ist überhaupt nicht wahr!)

Wir sprechen heute nicht über ein Thema, das in zwei Jahren, in zwei Monaten oder in vier Wochen erledigt werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nächste Plenum ist in drei Wochen. Bereits heute müsste Herr Minister Söder oder Herr Minister Brunner an dieser Stelle die Bevölkerung informieren. Aus diesem Grund habe ich für diesen Antrag überhaupt kein Verständnis. Wenn Herr Staatsminister Söder dies heute noch nachholt, nehme ich meinen Vorwurf zurück. Ich erwarte heute einen Bericht von der Staatsregierung, da es in vier Wochen zu spät ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es herrscht Kompetenz-Wirrwarr - zumindest im Bund. Wer ist eigentlich zuständig im Falle von Epidemien? - Zunächst ist das Robert-Koch-Institut zuständig, weil die Bakterien angeblich von Mensch zu Mensch übertragen werden. Ein paar Tage später ist das Bundesinstitut für Risikobewertung zuständig. Die Zuständigkeit wechselt von Bundesgesundheitsminister Bahr zu Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner. Zumindest dieser Punkt - Frau Sonnenholzner, Sie haben das bereits angesprochen - sollte diskutiert werden. Später werde ich noch Belege für meine Aussagen zum Kompetenz-Wirrwarr und der Vielstimmigkeit in Deutschland, aber auch in Bayern, anführen.

Anfang Mai sind die ersten Fälle von Ehec aufgetreten. Tage später - nicht Stunden später - sind die ersten Warnungen herausgegeben worden. Am 21. Mai ist der Verdacht aufgekommen, dass Tomaten, Gurken und Salat den Ehec-Erreger übertragen. Vier Tage später hat CSU-Ministerin Aigner am 25. Mai in Berlin gesagt, niemand müsse auf Gemüse verzichten. So geht es einfach nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Entweder sie hat es nicht gewusst - dann ist es schlechtes Krisenmanagement - oder sie hat es ignoriert, umso schlimmer. Bundesgesundheitsminister Bahr sagt, in Deutschland herrsche ein vielstimmiger Chor von Spekulationen.

Herr Dr. Hünnerkopf, Sie haben den EU-Kommissar gelobt. Dieser hat jedoch zunächst gesagt, die Fragebögen in Deutschland seien zu eng gestrickt. Wir benötigen ein Krisenmanagement aus einem Guss. Das ist die Aussage des EU-Kommissars. Das Max-Planck-Institut sagt, wir benötigen einen zentralen Regierungskordinator für Krisenmanagement in Deutschland. Die Minister von Bund und Ländern haben gestern oder vorgestern - ich weiß es nicht mehr so genau - gesagt, sie forderten eine sorgfältige Evaluierung der Zusammenarbeit - möglichst bald. Was sagt Frau Aigner von der CSU dazu? Sie sagt, dass sei eine typisch deutsche Diskussion.

Herr Minister Söder, ich gebe Ihnen recht. Sie haben gleich reagiert. Sie haben gesagt, bei Epidemien sei es durchaus gerechtfertigt, dass der Bund mehr Zuständigkeiten übernehme. Was denn nun? Hat Ministerin Aigner oder Minister Söder recht? Welche Meinung vertritt die CSU?

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ehec ist keine Epidemie, Herr Kollege! Das sollten wir Herrn Minister Söder auch noch sagen!)

Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner steht nicht zum ersten Mal europaweit in der Kritik. Das war beim Dioxin-Skandal genauso.

Selbstverständlich fordern die FREIEN WÄHLER Entschädigungen für unsere Gemüseerzeuger und unsere Bauern in Bayern. Kolleginnen und Kollegen, die Reduzierung der Steuervorauszahlungen für Landwirte und Gemüseerzeuger setzt voraus, dass Steuern vorausgezahlt werden. Ich habe mich kundig gemacht: Es gibt sehr viele Betriebe, die überhaupt keine Steuern vorauszahlen. Was den Spaniern recht ist, muss unseren Erzeugern hier in Bayern billig sein. Die FREIEN WÄHLER fordern eine Entschädigung für unsere Bauern. Wir wollen nicht, dass die Staatsregierung dabei auf die EU und die Bundesregierung verweist, sondern dass sie unseren Gemüseerzeugern hilft. Wir fordern eine Entschädigung. Es kann nicht sein, dass die spanischen Bauern Geld erhalten und den deutschen Bauern lediglich eine reduzierte Steuervorauszahlung gewährt wird.

Ich fasse noch einmal zusammen: Obwohl wir dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP zustimmen, ist er aus meiner Sicht einfach populistisch. Kolleginnen und Kollegen, was sollen die Menschen in Bayern von einer Regierung denken, die erst von der eigenen Partei aufgefordert werden muss, tätig zu werden?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das frage ich mich.

Bayern muss mehr für die Gemüsebauern tun. Die Bayerische Staatsregierung soll nicht nur auf die EU und den Bund verweisen. Die Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN und der SPD möchte ich aufgrund der Kürze der Zeit nicht weiter kommentieren. Diese Anträge gehen auf jeden Fall in die richtige Richtung. Wir werden allen drei Anträgen zustimmen, da wir einen Berichtsantrag, auch wenn dieser populistisch ist, schlecht ablehnen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich Frau Kollegin Franke von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anne Franke (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg kann ich sagen, dass wir dem Berichtsantrag der CSU und der FDP zustimmen werden. Selbstverständlich stimmen wir auch der Forderung nach Entschädigung betroffener Gemüseerzeuger zu. Wir werden auch dem Berichtsantrag der SPD zustimmen.

Meine Damen und Herren, das reicht jedoch angesichts der völlig unkoordinierten Vorgehensweise der Behörden und der verzögerten sowie lückenhaften Untersuchungen und Befragungen nicht aus. Die daraus entstandenen falschen Verdächtigungen und Warnungen durch das Bundesverbraucherschutzministerium haben zu hohen Ausfällen bei den Gemüseerzeugern geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

EU-Kommissar Dalli hat erst gestern Bündelungen und Koordinationen der Behörden gefordert. Das, was Herr Dr. Hünnerkopf über die Koordination gesagt hat, stimmt nicht. Deshalb fordern wir mit unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag die Bayerische Staatsregierung auf, sich für eine bessere Koordination der zuständigen Bundes- und Landesbehörden einzusetzen. Eine schnelle und umfassende Untersuchung aller relevanten Verdachtsmomente muss durch eine kompetente und klar strukturierte Einsatzleitung auf Bundesebene gewährleistet sein. Es kommt darauf an, dass die relevanten Ämter und Institute gut vernetzt sind. Die Gründe sind gerade von Herrn Dr. Vetter ausgeführt worden. Wir wollen keine neue Behörde, wie Herr Söder befürchtet hat. Wir fordern lediglich eine Vernetzung. Diese ist dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünf Wochen nach der ersten Ehec-Infektion gibt es immer noch keine Erkenntnisse über die Infektionsquelle. Möglicherweise wird die Quelle nach einer so langen Zeit nicht mehr identifiziert werden können. Zum Beispiel vergingen drei Wochen, bis die Patientenproben in den Ehec-Speziallabors ankamen. Die Patientenbefragung ist viel zu spät und begrenzt angelaufen. Auch die Auswahl der Lebensmittel, nach denen ge-

fragt wurde, war zu eingengt. Nach dem Verzehr von Sprossen, die in der Vergangenheit schon als Träger von Ehec aufgefallen waren, wurde gar nicht erst gefragt. Die fehlende klare Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern hat sich fatal bemerkbar gemacht. Sie kennen die Zahlen. Sie wurden schon erwähnt. Die beiden zuständigen Bundesministerien haben sich lange weggeduckt. Es gab Kommunikationsprobleme, und es fehlte eine echte Entscheidungskompetenz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider bleibt die Gewissheit, dass der jetzige Ehec-Ausbruch nicht der letzte sein wird. Deshalb brauchen wir möglichst bald eine krisenfeste, schlagkräftige Organisationsstruktur. Deshalb haben wir zu dem Berichtsantrag einen zusätzlichen Antrag gestellt. Zu dieser Beschlussfassung müssen wir den Bericht nicht abwarten. Da wir gesehen haben, woran es hapert, können wir diese Forderung jetzt schon beschließen.

Die Kompetenz der Ärztinnen und Ärzte und der Fachleute aus der Biomedizin, Tiermedizin und der Lebensmittelüberwachung muss gebündelt werden, und dabei muss der vorsorgende Verbraucherschutz stets absolute Priorität vor wirtschaftlichen Interessen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

- Das hat sie gewusst. Sie hat es durchgeführt und den Verbraucherschutz an erste Stelle gesetzt. Das wissen Sie. Bundesverbraucherschutzministerin Aigner stellt den Verbraucherschutz an die letzte Stelle.

Die Koordination der wissenschaftlichen Nachforschung, der Risikoabschätzung im Ernstfall, der gesundheitlichen Vorsorge und der wirtschaftlichen Schadensbegrenzung in solchen Situationen muss an zentraler Stelle in Bundeskompetenz verankert und von allen Ländern mitgetragen werden.

Und die Länder müssen kontrollieren. Damit bin ich bei dem zweiten Punkt. Die Zahl der Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure, der Veterinärärztinnen und -assis-

tentinnen, -ärzte und -assistenten an den Landratsämtern und am Landesamt für Gesundheit in Bayern muss, wie seit Langem gefordert, dem gestiegenen Bedarf endlich angepasst werden. Sie wissen, dass seit Langem nur eine Mangelverwaltung stattfindet. Nur in den dringendsten Fällen und in den riskantesten Betrieben wird kontrolliert. Mittlerweile tragen fast alle Rinder den Ehec-Keim in sich. Verstärkte Kontrollen werden in Zukunft nötig sein. In Kliniken und an Lebensmitteln werden verstärkte Kontrollen nötig sein, damit neue Entwicklungen früh erkannt werden.

Immer wieder in den letzten Jahren und erst kürzlich bei der letzten Haushaltsdebatte haben wir die längst fällige Aufstockung der Stellen für Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure sowie Laborassistentinnen und -assistenten gefordert. Die Staatsregierung hat die Forderung abgelehnt. Auch die Stellen der Veterinärärztinnen und -ärzte sowie der -assistentinnen und -assistenten wurden nicht, wie von uns gefordert, durch weitere Stellen ergänzt. Wir halten dies angesichts der wichtigen und wachsenden Aufgaben im Rahmen des vorsorgenden Verbraucherschutzes für dringend nötig und bitten deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor ich Herrn Kollegen Dr. Bertermann an das Redepult bitte, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung für ihren Dringlichkeitsantrag beantragt hat. Herr Kollege Dr. Bertermann für die FDP-Fraktion.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube nicht, dass sich das Thema dazu eignet, um politische Schlammschlachten oder Planspiele zu machen. Dafür ist die Erkrankung zu wichtig. Das eignet sich nicht für politische Auseinandersetzungen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Hier steht die Glaubwürdigkeit des Hohen Hauses und der Parlamentarier infrage, wenn wir unsere Schlammschlachten weiter in diese Richtung führen. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das bedeutet, dass Sie unserem Berichtsantrag zustimmen!)

Ich komme zu meinen kurzen Bemerkungen. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als einen Bericht. Diesen Bericht werden wir bekommen.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen politischer Art machen. Ich möchte herzlich für die besonnene und sensible Art des LGL und im Besonderen seines Präsidenten, Herrn Dr. Zapf, danken, dass er die Hysterie, die in Bayern möglich wäre, deeskaliert, die Bevölkerung sachlich informiert hat und wir in Bayern sehr solide und verantwortungsbewusst das Problem behandelt haben im Gegensatz zu manchen Medien, die gewünscht hätten, dass es eskaliert, um den Absatz ihrer Blätter zu steigern. Herzlichen Dank, lieber Herr Dr. Zapf, dass Sie das so souverän geregelt haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Stahl?

Dr. Otto Bertermann (FDP): Am Ende meiner Rede.

Präsidentin Barbara Stamm: Dann also eine Zwischenbemerkung.

(Christine Stahl (GRÜNE): Dann habe ich mehr Zeit!)

Dr. Otto Bertermann (FDP): Eine zweite Sache hat mich als Koalitionspartner etwas nachdenklich gemacht. Frau Kollegin Sonnenholzner, auch Sie haben gesagt, unser Minister sei auf Tauchstation gegangen. Ich kann nur sagen: Gott sei Dank ist er auf Tauchstation gegangen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Da stimme ich Ihnen zu; wenn er es nur öfter täte!)

Ich wiederhole: Gott sei Dank.

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich wiederhole es zum dritten Mal: Gott sei Dank. Mir ist das ein sehr ernstes Anliegen. Wie wäre es, wenn jemand wie unser Minister, der in der Öffentlichkeit so große mediale Präsenz hat, jeden Tag eine neue Meldung über Ehec herausgebracht und die Bürger unseres Landes weiter verunsichert hätte?

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Einmal hätte schon gereicht!)

Es war eine vorausschauende und verantwortungsvolle Politik. Er hat in diesem Bereich die Sensibilität erbracht, die ich persönlich von ihm erwartet habe.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Deshalb, meine Damen und Herren, habe ich einige weitere Anmerkungen. Wir haben im Bereich Ehec noch keine Entwarnung, da die Infektionskette nicht abschließend geklärt ist. Wir haben es aber mit einer tödlichen Erkrankung zu tun. Deshalb gehen gesundheitliche Interessen vor wirtschaftliche Interessen. Das ist der Grund, weshalb manche Landesgesundheitsminister schon früh eine Warnung herausgegeben haben. Warum? - Weil ihnen die Gesundheit ihrer Bürger am Herzen liegt und die wirtschaftlichen Interessen hintangestellt wurden. Ich meine, das ist eine klare Übernahme der Verantwortung als Landesgesundheitsminister.

Bayerns Bauern müssen entschädigt werden. Das ist richtig. Wer aber soll zahlen? - Wir sind Mitglied in der EU. Wenn in der EU Solidarität herrscht, müssen auch die anderen Länder sich zu dieser Solidarität bekennen. Warum soll in erster Linie Bayern bezahlen, da wir auch Mitglied sind? Lassen wir doch primär zunächst die anderen Länder zahlen. Wir danken Landwirtschaftsminister Brunner, weil er Druck ausgeübt hat, dass die EU zahlen soll. Erst soll die EU zahlen und dann die Bayerische Staatsregierung.

Ich möchte mich - das ist bisher zu kurz gekommen - bei den Schwestern und Ärzten herzlich bedanken, die mehr arbeiten mussten. Sie mussten nicht mehr arbeiten, weil es mehr Ehec-Fälle gab, sondern weil sich mehr Menschen mit gastrointestinalen Infektionen in den Ambulanzen der Krankenhäuser vorgestellt haben. Im Schwabinger Krankenhaus wird man Ihnen das bestätigen. Mein Dank gilt also den Ärzten und Schwestern, die sich diesem Problem gestellt haben.

Die Anträge der SPD lehnen wir aus den genannten Gründen ab. Wir lehnen auch den Antrag der GRÜNEN ab, weil wir der Meinung sind, dass wir noch nicht genügend Daten haben, um diese zu bewerten, da die Epidemie noch nicht abgeschlossen ist.

Ich komme zur Aussage über den Krisenstab und dass nicht schnell genug reagiert worden sei. Frau Aigner und Herr Bahr hatten vom ersten Tag an einen nationalen Krisenstab, der eng mit den Ländern, dem Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Bundesgesundheitsministerium kooperiert hat. Wir hatten in Bayern Gott sei Dank eine Task Force, die auch funktioniert hat, die kommuniziert hat. In diesen Fragen kann man uns also keine Versäumnisse vorwerfen.

Lassen Sie mich zum Schluss die Empfehlungen, die aus dem Reich der GRÜNEN kommen, kurz kommentieren. Was Sie fordern, was Herr Trittin und Frau Künast gefordert haben, ist ein nationaler Kontrollplan für Deutschland von oben nach unten bis in den letzten landwirtschaftlichen Betrieb. Lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen: Da ist "national" drin, "Kontrolle" und "Plan". Sie können sich einen Reim darauf machen, wie das funktionieren soll, nämlich ähnlich wie in der Planwirtschaft. Das ist Politik von oben nach unten, das ist eine bürgerfeindliche Politik. Das ist in meinen Augen "DDR light". Wie soll das funktionieren? Von oben nach unten durchorganisiert? - Das ist mit uns nicht zu machen.

(Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe bei der SPD)

Wenn Sie eine Superbehörde fordern, dann verweise ich auf die Erfahrungen, die wir schon in der Vergangenheit gemacht haben. Wir hatten ein Bundesgesundheitsamt,

das musste 1994 aufgelöst werden, weil es zu viele Probleme gab. In den Vereinigten Staaten haben wir das Center of Disease Control. Auch dieses Center of Disease Control war nicht in der Lage, während der Schweinegrippe alle Fälle adäquat zu versorgen. Es gab reihenweise Menschen, die keine Medikamente bekommen haben. Der langen Rede kurzer Sinn: Eine Superbehörde löst die Probleme nicht.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir sind stolz darauf, dass wir aus guten Gründen ein föderales System haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Würden Sie bitte noch einmal an das Mikrofon kommen, Herr Kollege; Sie haben sicher mitbekommen, Frau Kollegin Stahl hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet. Bitte.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Kollege, ich habe nicht ganz verstanden, zu welchem Antrag Sie geredet haben. Im Antrag der GRÜNEN steht nämlich nichts von einem nationalen Aktionsplan, sondern da wird schlicht und einfach ein koordiniertes Vorgehen gefordert. Ich möchte Sie auch fragen, an welchen Punkten Sie eine Schlammschlacht erkennen können. Erinnern Sie sich bitte sehr, wer den Antrag mit diesem Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt hat. Das waren die CSU und die FDP. Die anderen Anträge sind lediglich als Nachzieher dazugekommen. Sie haben dieses Thema gesetzt; beschweren Sie sich also bitte nicht, wenn jetzt hier über dieses Thema diskutiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass die EU das Chaos hier kritisiert hat? Wir versuchen lediglich, auch im Einvernehmen mit der EU, verbesserte Bedingungen zu schaffen, um der Situation Herr zu werden. In einem Punkt haben Sie nämlich recht, die Seuche ist noch nicht vorbei. Was also ist Schlammschlacht, wenn ich wie die SPD frage, ob ausreichende Behandlungsmöglichkeiten vorhanden sind? Was bitte ist

Schlamm Schlacht, wenn ich frage, ob wir vielleicht tatsächlich präventiv etwas mehr Kontrolle brauchen? Was bitte ist Schlamm Schlacht, wenn ich darum bitte, dass wir gemeinsam mit der Bundesebene ein koordiniertes Vorgehen einführen? - Ich sehe nämlich tatsächlich einige Lücken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Otto Bertermann (FDP): Ich darf darauf Folgendes antworten: Für mich ist es eine Schlamm Schlacht, wenn Frau Künast und Herr Trittin von der "netten Agrarministerin" und dem "jungen unerfahrenen Gesundheitsminister" im Rahmen der Diskussion um Ehec sprechen. Das ist für mich eine Schlamm Schlacht, das sage ich klipp und klar.

(Beifall bei der FDP - Christa Steiger (SPD): Wir sind doch hier in Bayern! - Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD - Theresa Schopper (GRÜNE): Ich möchte wissen, wo der Schlamm liegt! Der liegt doch bei Ihnen!)

Zur Kritik der EU: Sie wissen sehr wohl, dass Herr Dalli seine Kritik zurückgezogen hat und sich im Gespräch gegenüber Herrn Bahr und Frau Aigner gestern und vorgestern über das Management Aigner sehr positiv geäußert hat. Das ist es, was mir Frau Aigner und Herr Bahr selbst erzählt haben. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Söder um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Parlament kämpft ständig darum, in der Bevölkerung die Anerkennung und Akzeptanz zu finden, von denen das Parlament meint, das sie ihm zustehen würden. Ein Teil der Bevölkerung ist immer wieder überrascht, auf welchem Niveau wir diskutieren. Eines muss ich Ihnen sagen: Kritische Nachfragen an jeder Stelle sind in Ordnung. Feixende Gesichter und Gelächter, wenn zeit-

gleich Meldungen kommen, dass Menschen sterben, sind absolut unwürdig und an dieser Stelle unangebracht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Steiger (SPD): Das ist eine Unverschämtheit! - Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Diese Debatte ist parteiübergreifend eine Herausforderung, und das sage ich jetzt schon fast entschuldigend für eine SPD-Senatorin in Hamburg und für eine grüne Ministerin in NRW. Wenn irgendwo über Ländergrenzen hinweg eine neue, nicht bekannte, schwierige Krankheitsform auftritt, dann sollten wir Politiker uns nicht anmaßen, über die Experten hinweg zu versuchen, politische Debatten zu führen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer macht das?)

Ich meine, hier sollten wir uns lieber zurückhalten, meine Damen und Herren. Das ist nicht im Interesse der Patienten.

(Beifall bei der CSU)

Wie sieht die Situation aus? - Man muss es schon einmal sagen, dies ist der größte in Deutschland beobachtete Ehec-Ausbruch. Wir haben bundesweit über 2.000 Ehec-Fälle, 722 HUS-Fälle, die amtlich bestätigt sind, mit dem absoluten Schwerpunkt in Norddeutschland. In Norddeutschland besteht in vielen Krankenhäusern tatsächlich eine richtige Krisensituation. Nicht umsonst haben die dortigen Krankenhäuser massive Unterstützung für ihr Personal angefordert, um die Situation überhaupt bewältigen zu können. Man kann deshalb davon sprechen, dass es sich um eine gefährliche Situation handelt. Im Übrigen sieht es auch so aus, als ob die Krankheitsverläufe erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Es gibt blutigen Durchfall, vor allem beim HU-Syndrom, es gibt eine erhebliche Schädigung des gesamten Nierensystems, dann muss dialysiert werden. Teilweise werden die Schäden bleiben. Es gibt erhebliche Schädigungen des Nervensystems. Das sind ganz schwierige Situationen. Man muss die Erkrankung deshalb sehr ernst nehmen.

In Bayern haben wir nicht Glück, aber wir sind nicht so stark betroffen, weil sich das Geschehen in erster Linie in Norddeutschland abspielt. Derzeit haben wir in Bayern 85 Ehec-Fälle, 19 HUS-Fälle, 2 HUS-Verdachtsfälle und bislang keinen Todesfall. Das sind ungefähr drei Prozent der Erkrankungen. Inzwischen konnte nachgewiesen werden, dass das Infektionsgeschehen in Norddeutschland liegt. Deswegen ist dort auch der Hauptteil der Erkrankungen feststellbar.

Zur Frage, ob die Behörden gut zusammengearbeitet haben oder ob das hätte besser sein können: Zunächst einmal ist der Ausgangspunkt in Norddeutschland zu sehen und bei den zuständigen Fachbehörden. Es ist in der Tat gar nicht leicht, in dieser Situation eine Balance zu finden zwischen dem Schutz auf der einen Seite und den Belastungen, die bei den Bauern entstehen, auf der anderen Seite. Hier ist ein gangbarer Weg zu finden. Ich glaube, wenn das Robert-Koch-Institut und das Institut für Risikobewertung, die zuständigen Behörden Warnungen ausgeben, dann muss die Sicherheit der Verbraucher, die Sicherheit der Menschen absoluten Vorrang haben. Ich finde aber, dass wir gerade in Bayern besonnen reagiert haben. An der Stelle ist politischer Schaukampf falsch, Besonnenheit ist im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aber wichtig. Das heißt, wir haben zwar genauso gewarnt und Verzehrhinweise gegeben, wir haben aber auch darauf geachtet, dass nicht jeder vermeintlich neuen Spur eine öffentliche Dimension verliehen wurde, wenn auch noch nicht ansatzweise etwas bewiesen war.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Ich glaube, es ist wichtig, dass sich hier alle etwas am Riemen reißen bei der Frage, was man machen muss, was man machen kann, und gleichzeitig darauf achten sollten, keine unnötige Hektik oder gar Panik in der Bevölkerung zu erzeugen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur Frage, ob die Bayern gehandelt haben: Wir Bayern waren erst einmal solidarisch mit dem Bund. Wir sind den Anforderungen aus den norddeutschen Ländern zur Un-

terstützung der Kliniken und beim Personalaustausch nachgekommen. Wir haben jetzt unsere Mitarbeiter vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit - LGL - zur Task Force nach Berlin geschickt und unseren Beitrag bei der Hilfe erbracht. Im eigenen Land haben unsere Behörden in jedem Einzelfall ermittelt. Das ist wichtig. Wir haben nicht nur die medizinische Behandlung, sondern auch die Untersuchung durchgeführt, woher die Infektion stammen könnte. Wir haben ausführliche Befragungen angestellt. Das hat auch dazu geführt, dass wir das Infektionsgeschehen insofern lokalisieren und feststellen konnten, dass es nicht in Bayern liegt. Bei den gefährlichen HUS-Fällen ist es ganz überwiegend in Norddeutschland.

Meine Damen und Herren, an der Stelle haben wir auch die Transparenz gewahrt. Wenn heute jemand sagt, er müsse heute erst einmal informiert werden, was passiert, dann wundere ich mich insofern, als über die Homepage des LGL, aber auch über die Hotlines, die Transparenz gewährleistet ist. Dafür wurden wir auch von anderer Seite gelobt. Ich finde, das sollte man an dieser Stelle auch einmal anerkennen und feststellen dürfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die GRÜNEN haben hier die Frage nach den Kompetenzen gestellt. Die grüne Gesundheitsministerin von Nordrhein-Westfalen hat die Forderung nach mehr Kompetenzen des Bundes zurückgewiesen. Die SPD-Senatorin von Hamburg sagt auch, das solle auf keinen Fall passieren, man möchte die Zuständigkeiten behalten. Ich persönlich bin in der Frage Bundeskompetenz - Länderkompetenz deswegen offener, weil ich davon ausgehe, dass die kleineren Länder meist keine ausreichenden Personalkapazitäten haben, um auf die Situation adäquat zu reagieren. Wir haben schon zu Zeiten der Schweinegrippe festgestellt - damals ging es um die Zurverfügungstellung von Impfstoffchargen -, dass man durchaus darüber reden kann. Ob Bakterien oder Viren - sie halten sich nicht an die Grenzen der Zuständigkeiten von kommunalen und von Landesbehörden. Ich wäre insoweit offen.

Wir in Bayern gehen auch bei der Ehec-Bekämpfung einen erfolgreichen Weg. Auf eines möchte ich aber hinweisen, Frau Franke: Wir können zwar noch mehr Personal einsetzen, das noch mehr kontrollieren kann; aber auch damit werden wir nicht automatisch den Erreger finden. Das ist eine Botschaft aus Berlin: Es ist sehr schwer, ihn zu finden.

Die Frage, ob man zu spät mit der Bekämpfung begonnen hat, ist aus Bayern leicht zu stellen. Vor Ort gibt es zwar Ehec-Fälle; aber das Robert-Koch-Institut entscheidet, ab wann es sich um eine Epidemie handelt.

Wir haben in Bayern durchaus Lehren aus vergangenen Ereignissen gezogen; das ist positiv. Die Bereiche Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit sind beim Landesamt gebündelt. Das stärkt uns. Auch unsere "Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit" - der Bund übernimmt das Modell quasi - ist erfolgreich gewesen, weil sie relativ schnell über regionale Grenzen hinweg eingreifen kann. Ich denke, wir sind da nicht schlecht.

Nächstes Stichwort: Gemüsebauern. Es trifft zu, dass unsere Gemüsebauern massive Schädigungen durch Ehec erleiden; die Vorredner haben es angesprochen. Auch wir versuchen, Hilfe zu geben, zum Beispiel durch unser Landesuntersuchungsprogramm "Bayerisches Gemüse". Was heißt das? Wir haben bewusst alle Kapazitäten, die wir für Tests zur Verfügung haben, ins Land geschickt, um unsere bayerischen Lebensmittel zu überprüfen. Bislang konnte in keiner Probe der Erreger nachgewiesen werden. Wir stellen fest: Das bayerische Gemüse ist nach allem, was wir getestet haben, Ehec-frei. Wir setzen die Tests fort, weil wir auch an der Stelle Sicherheit geben wollen.

Ich bin sowohl dem Landwirtschaftsministerium als auch dem Finanzministerium für die angebotenen Hilfen dankbar. Wir müssen schauen, dass sie schnell und unbürokratisch fließen, auch vonseiten Europas. Das halte ich für sehr wichtig.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es darf nicht sein, dass am Ende nur spanische Bauern entschädigt werden, sondern es müssen auch deutsche und vor allem bayerische Bauern entschädigt werden. In den europäischen Beschlüssen steht zum Beispiel, dass der Ausfall von Zucchini zu entschädigen sei; vor denen ist übrigens nicht gewarnt worden.

Fazit: Wir werden noch einmal einen ausführlichen Bericht geben. Am Ende einer solchen Entwicklung ist dann auch die richtige Zeit zu überlegen, welche Stellschrauben bewegt werden müssen, um Verbesserungen zu erreichen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich möchte noch eine Bitte anschließen: Wir alle haben erlebt, dass wir beim Auftreten von Epidemien, ausgelöst durch Viren oder Bakterien, häufig Getriebene medialer Berichterstattungen und selbsternannter Experten sind. Daher müssen wir aufpassen - das gilt für die Politik generell, egal welcher Couleur der Gesundheitsminister, Verbraucherschutzminister oder Landwirtschaftsminister ist -, dass wir in diesen Fragen nicht in einen öffentlichen Überbietungswettbewerb eintreten.

Ich werbe dafür, die Behörden ihre Arbeit machen zu lassen. Wir sollten - bei aller Show in der Politik, bei allen Auseinandersetzungen in der Demokratie - an erster Stelle die Sorgen der Menschen und ihre Sicherheit im Blick haben. Das ist das oberste Gebot. Wir haben schon informiert, auch auf Pressekonferenzen. Aber ich hätte es, ehrlich gesagt, für unangemessen gehalten, jetzt eine Art "Ehec-Tourismus" zu betreiben.

Liebe Frau Sonnenholzner, ich habe für jede Kritik an der Stelle Verständnis. Aber Sie dürfen mir abnehmen, dass sich alle Behörden in Bayern bemühen. Der Minister wird täglich informiert. Er möchte aber auch seinen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen nicht verunsichert werden, sondern besonnen reagieren. An der Stelle wäre ein Lob angemessen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Dittmar.

Sabine Dittmar (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Minister, Sie haben zu Recht gesagt - ich habe es mir mitgeschrieben -, die Politik solle sich nicht über Expertenmeinungen hinwegsetzen, bevor sie eine Entscheidung treffe. Haben Sie dann eine Erklärung dafür, warum die CSU-Fraktion, der Sie ja auch angehören, den von der SPD-Fraktion eingeforderten Berichtsantrag - wir wollen über den Verlauf der Seuche, über Therapieoptionen, über personelle Kapazitäten in den zuständigen bayerischen Behörden, gerade in der Lebensmittelüberwachung, aber auch in den Gesundheitsämtern, informiert werden - ablehnen wird?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Aus der Wortmeldung von Frau Sonnenholzner habe ich weniger dazu gehört, was in dem Antrag steht, sondern zumindest am Anfang ging es mehr um die Frage, wer hier wo ein- oder abtauchte. Das war der erste Ansatz - kein guter Einstieg in eine Sachdebatte!

(Sabine Dittmar (SPD): Sie haben es doch gelesen, oder?)

Zweitens: Wenn die CSU einen Antrag stellt, der alle Punkte umfasst, dann sollten Sie einfach der CSU und der FDP danken und den Antrag übernehmen, anstatt hier so eine Show abzuziehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Mir liegt noch eine Wortmeldung von Frau Kollegin Sonnenholzner vor. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, uns, der SPD-Fraktion, zu unterstellen, wir würden dieses Thema für politische

Debatten ausschlichten, ist schlicht und ergreifend eine Frechheit. Diesen Vorwurf weise ich in aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Thema hat heute die CSU-Fraktion - Ihre Fraktion! - auf die Tagesordnung gesetzt, und das mit einem Antrag, der in beiden Teilen inhaltlich dünn ist. Wir stimmen ihm dennoch zu. So viel zu diesem Thema.

Unseren Antrag hatten wir bereits im Vorrangverfahren, um genau das zu tun, was Sie auch fordern, nämlich ernsthaft Fragen zu stellen und im Ausschuss zu debattieren. Ich habe an keiner Stelle - außer in Bezug auf Ihre Nicht-Außenwirkung - einen Vorwurf gemacht. Im Gegenteil, ich habe die Mitarbeiter des LGL bereits gelobt. Ich dehne das Lob explizit auf Ihre Mitarbeiter im Ministerium - Herrn Dr. Hierl und andere - aus. Es ist nicht nur unser Recht, sondern es ist unsere Pflicht als Parlamentarier, genau diese Fragen zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das Geschehen abgeklungen ist - vorher ist im Ausschuss ohnehin keine Gelegenheit -, müssen wir uns alle, wie Sie richtig gesagt haben, all den aufgeworfenen Fragen zu stellen und uns dann überlegen, ob und wenn ja, welche politischen Konsequenzen zu ziehen sind.

Noch einmal: Ich habe bisher an keiner Stelle irgendjemandem einen Vorwurf in der Sache gemacht, weder in Bayern noch in Berlin. Tatsache ist aber, dass Bayern sehr gering betroffen ist. Wir verzeichnen insgesamt ca. 85 Fälle. Man kann noch nicht einmal von einem blauen Auge sprechen, sondern wir sind nahezu nicht betroffen. Das muss beim nächsten Mal nicht so sein. Es ist Ausdruck der Sorgfaltspflicht aller, wenn sie sich darüber Gedanken machen und darüber sprechen, und zwar - ich habe es schon gesagt und wiederhole es an dieser Stelle - mit wissenschaftlicher Ernsthaftigkeit und unter Hinzuziehung von Experten im Ausschuss. Ich erwarte von Ihnen, dass

Sie diesem Antrag hier zustimmen; sonst müsste ich Ihnen tatsächlich unterstellen, dass Sie viel zu verbergen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion hat auch für ihren Antrag in geänderter Fassung - diese liegt Ihnen vor - namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/8877 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Pauli. Wer ist gegen diesen Antrag? - Die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer enthält sich der Stimme? - Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu den namentlichen Abstimmungen, und zwar zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/8852. Die Urnen stehen bereit; ich bitte mit der Stimmabgabe zu beginnen. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 16.51 bis 16.56 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Ich schließe den Wahlgang. Ich bitte die Stimmen außerhalb des Saales auszuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion in geänderter Form auf Drucksache 16/8876 abstimmen. Ich eröffne den Wahlgang und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 16.57 bis 17.00 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Der Wahlgang ist geschlossen. Wir werden die Stimmen draußen auszählen lassen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, damit ich fortfahren kann. Ich werde erst weitermachen, wenn alle Plätze eingenommen sind.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.06.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion FDP; Bericht zu EHEC-Infektionen in Deutschland und Bayern (Drucksache 16/8852)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X			Görlitz Erika	X		
Aiwanger Hubert				Dr. Goppel Thomas			
Arnold Horst				Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin	X			Güll Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg	X			Güller Harald	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Hacker Thomas	X		
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Dr. Beckstein Günther	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar	X			Hallitzky Eike	X		
Dr. Bertermann Otto	X			Hanisch Joachim	X		
Dr. Beyer Thomas	X			Hartmann Ludwig	X		
Biechl Annemarie	X			Heckner Ingrid	X		
Biedefeld Susann	X			Heike Jürgen W.	X		
Blume Markus	X			Herold Hans	X		
Bocklet Reinhold	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Herrmann Joachim			
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hessel Katja	X		
Dr. Bulfon Annette	X			Dr. Heubisch Wolfgang			
Dechant Thomas	X			Hintersberger Johannes	X		
Dettenhöfer Petra	X			Huber Erwin			
Dittmar Sabine	X			Dr. Huber Marcel			
Dodell Renate	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Donhauser Heinz	X			Huml Melanie	X		
Dr. Dürr Sepp	X			Imhof Hermann	X		
Eck Gerhard				Jörg Oliver	X		
Eckstein Kurt	X			Jung Claudia			
Eisenreich Georg	X			Kamm Christine	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Karl Annette	X		
Fahrenschon Georg	X			Kiesel Robert	X		
Felbinger Günther	X			Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Dr. Fischer Andreas	X			Klein Karsten			
Dr. Förster Linus				Kobler Konrad	X		
Franke Anne	X			König Alexander	X		
Freller Karl	X			Kohnen Natascha	X		
Füracker Albert	X			Kränzle Bernd	X		
Gantzer Peter Paul	X			Kreuzer Thomas	X		
Gehring Thomas	X			Ländner Manfred	X		
Glauber Thorsten	X			Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Goderbauer Gertraud	X			Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	145	0	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.06.2011 zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion SPD; Informationen über den Verlauf von EHEC/HUS in Bayern (Drucksache 16/8876)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun			X
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fahrenschon Georg		X	
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten			
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Manfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	54	85	1